

Haushaltsgesetzentwurf 2015/2016

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04. Mai 2015

Einzelplan (Text): 05 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport		
Seite: 73	Kapitel: 050 70	Titel: 684 60
Zweckbestimmung: Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft		

Stichwort: Erhöhung der Mittel für die Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft
--

Ansatz im Entwurf	2015	Ansatz im Entwurf:	2016
	458.000€		458.000 €
Änderung (+/-):		Änderung (+/-):	
	200.000 €		200.000 €
Ansatz neu:		Ansatz neu:	
	658.000 €		658.000 €

2015 Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
40	05 020	919 35	Versorgungsfonds	200.000€
				€
Insgesamt:				200.000 €

2016 Deckung bei:				
Seite	Kapitel	Titel	Stichwort	in Höhe von
40	05 020	919 35	Versorgungsfonds	200.000€
				€
Insgesamt: :				200.000 €

Haushaltsvermerk: (Änderungen bitte unterstreichen)
Erläuterungen: (Änderungen bitte unterstreichen)

	2015 EUR	2016 EUR
1. Zuschüsse an anerkannte Heimbildungsstätten für hauptamtliches pädagogisches Personal, hauptamtliche Verwaltungskräfte und Kinderbetreuung	248.000	248.000
2. Zuschüsse für Modellprojekte gemäß § 27 Abs. 3 Nr. 3 BbgWBG (Personal und Sachkosten)	150.000	150.000
3. Zuschüsse an anerkannte Landesorganisationen gemäß § 27 Abs. 3 Nr. 4 BbgWBG (Personal- und Sachkosten)	260.000	260.000
Summe	658.000	658.000

Mehr im Hinblick auf die qualitative und quantitative Verbesserung der Weiterbildungsangebote und deren Förderung.

Begründung:

Bildung findet nicht allein in der Schule statt und endet auch nicht mit der Schulzeit. Lebenslanges Lernen ist nicht nur ein Schlagwort, sondern muss seinen Ausdruck in den Weiterbildungsangeboten öffentlicher und freier Träger finden. Landesorganisationen der Weiterbildung, in denen z.B. die Volkshochschulen mit ihren Regional- und Außenstellen, die Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung im Land Brandenburg e.V. und die URANIA Landesverband Brandenburg e.V. organisiert sind, sowie die Heimvolkshochschulen und Heimbildungsstätten bieten bereits heute ein ausdifferenziertes Angebot an allgemeiner, beruflicher, politischer und kultureller Erwachsenenbildung an.

Durch den Beschluss des Landtages 5/7732-B wurde die Landesregierung gebeten mit den Landesorganisationen der Weiterbildung in Verhandlungen über einen mehrjährigen Perspektivvertrag für die Erwachsenenbildung zu treten. Ziel sollte es sein, dass die Landesorganisationen der Weiterbildung ihr Themenspektrum weiterentwickeln, ihre Arbeit an Qualitätsmaßstäben ausrichten und leistungsgerecht entlohnen. Die Landesorganisationen haben sich auf diesen Prozess eingelassen, dafür jedoch eine Erhöhung des Etats um 600.000 Euro gefordert. Die Landesregierung war aber nur bereit 400.000 Euro zu geben.

Wir meinen, dass diese Forderung berechtigt ist und sie deckt sich mit dem Appell der anerkannten Landesorganisationen der Erwachsenenbildung im Land Brandenburg und hilft die Strukturen zu festigen und zu stabilisieren.

Abstimmungsergebnis	JA	NEIN	Enthaltung
Fachausschuss			
Ausschuss für Haushalt und Finanzen			